

Wald-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Wald-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 1.00 Goldmark, durch Ausgabestellen 1.40 Goldmark, durch die Post 1.85 Goldmark a 40 Halbpennig. Zustellgebühr 6 Pfennig. Der Anzeigen-Preis ist nach dem Inhalt der Anzeigen zu berechnen. Die Anzeigen werden nach dem Inhalt der Anzeigen zu berechnen. Die Anzeigen werden nach dem Inhalt der Anzeigen zu berechnen.

Schwierige Beratungen über die Kontrollnote.

Besuch des englischen Außenministers in Paris? / Die Verhandlungen scheinen den Engländern gar nicht so schlimm / Die „Times“ für gemeinsame direkte Verhandlungen mit Deutschland.

Neues in Kürze.

Beziehungen und Radiotelegramme.
Aus der Wirtschaftspartei sind zahlreiche Anhänger ausgeschieden und planen die Gründung einer neuen Partei für Handwerk, Handel und Gewerbe. Als ob sich nicht neun Parteien hätten und durch die Zerstückelung eher zu ruhigen politischen Verhältnissen kämen!

Wie die Wälder melden, wird in Bayern der Reichstag Besatzer ab 1. April 1925 wieder erscheinen. Als Besatzungsbesatz soll dieser selbigen.

Die deutschösterreichische Freiheitsbewegung, wie sich die Partei nach dem Austritt Hitlers und seiner Anhänger nennt, hielt im Reichstag ihren ersten Parteitag ab, der etwa von zweihundert Vertretern aus dem ganzen Reich besucht war.

Wie verlautet, hat der deutschösterreichische Abgeordnete Geisler wegen innerer Unzufriedenheit seine Mitgliedschaft im Vorstand der Vereinigten österreichischen Verbände niedergelegt.

Die Berliner Wälder glauben, daß es nach dem jetzigen Sturz des Kabinetts Marx in Preußen zu Neuwahlen und damit zu einem weiteren Aufschwung kommen werde.

Sonntag vormittag fand die Einweihung des Dresdener Rundfunkbaus statt. Staatssekretär Dr. Bredow vom Reichspostministerium übergab dem Sender mit einer Ansprache an die Rundfunkteilnehmer dem öffentlichen Besitz.

Der amerikanische Senat hat den Antrag angenommen, wodurch das Archiv des Kongresses angekauft wird, eine unparteiische Zusammenstellung des Tatsachenmaterials zur Frage der Ursachen des Weltkrieges vorzubereiten.

Der bisherige amerikanische Botschafter Southington hat am Sonnabend Berlin endgültig verlassen, um nach kurzem Urlaubsaufenthalt in der Schweiz den Botschafterposten in London zu übernehmen. Er wurde von Dr. Stresemann sowie vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Schubert und vom künftigen deutschen Botschafter bei den Vereinigten Staaten v. Walpohrn zum Abschied begleitet.

Der Papst empfing den ersten deutschen Pilgerpilger. Er erwiderte einige sehr herzliche Worte an die 200 Anwesenden und pries die glückliche, zahlreiche deutsche Katholiken zu sehen, deren Unabwiesbarkeit an die Kirche er wohl kenne, und erteilte ihnen den Segen.

Gegen den Vorhaben der französischen Kriegsentwicklungs-Kommission, wozu sie von der französischen Regierung ein Disziplinargesetz eingelegt worden, weil er in einer Verammlung im Hinblick auf die französische Finanzkrise erklärt hat, Frankreich treibe dem Abgrund zu und zwar handele es sich nur um wenige Tage. Am untergeordneten Frankreich geht man also gegen „Staumacher“ recht prompt vor, mit der „Freiheit“ ist es wirklich nicht weit her.

Die kommunistische Partei der Tschechoslowakei ist in schwerer Krise. Ein Anhänger der Tschechoslowakischen Richtung war von den Anhängern einmündig aus der Partei ausgeschlossen. Darauf fand eine Reihe von Abgeordneten freiwillig zurückgetreten. In nächster Zeit soll ein außerordentlicher Parteitag die Gegenläufige ausgleichen lassen.

Der polnische Abgeordnete Bostki erklärte im polnischen Reichstag, die Sicherung des Friedens, die wesentliche Voraussetzung der polnischen Außenpolitik, sei jedoch bereit, mit der großen Gruppe der Anhänger von Westpacieren eine Vereinbarung zu suchen, die sich auf eine anschließende Verminderung der Summe stützen müßte.

Herriot kann nicht nach London kommen.

Reuter meldet: Es sind noch keine Abmachungen über eine Zulassung Chamberlains mit Herriot getroffen, man nimmt aber allgemein an, daß ein persönlicher Gedankenaustausch wünschenswert sei. Herriot kann infolge der finanziellen Lage Frankreichs nicht nach London kommen; Chamberlain wird indes auf dem Wege zur Rücküberbrückung am 9 März Paris besuchen. Es kann erwartet werden, daß er bei dieser Gelegenheit mit Herriot konferieren wird.

Die offiziellen französischen Kreise befähigen, wie „Matin“ feststellt, daß Ministerpräsident Herriot auch London Chamberlain sprechen werde, wenn er sich auf seiner Reise nach Gen in Paris aufhalten werde. Aber bis jetzt sei noch keine Beauftragung zwischen den beiden Staatsmännern festgesetzt worden. Die Frage der Hinwendung Deutschlands zu den Vereinigungen wurde gewiß einen der Hauptgegenstände der Unterredung bilden.

Der englische Standpunkt.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, er erfahre im Zusammenhang mit der Prüfung der Berichte der Interalliierten Militärkontrollkommission durch das Verleitet-Komitee, daß das britische Mitglied Generalmajor Clegg unter der direkten Leitung des britischen Reichsgeneralstabes und nicht als britischer Bevollmächtigter handeln werde. Dies sei ein Zeichen dafür, daß die britische Regierung und ihre wichtigsten technischen Berater mit Rücksicht auf die Bedeutung der Angelegenheit wollen Einfluß auf ihre diplomatischen und militärischen Vertreter in Paris ausüben. Weiter erzählt der Berichterstatter,

daß der Bericht keineswegs einen so ersten Charakter habe, wie man in weiten Kreisen angenommen habe. Dies beziehe sich vor allem auf den Teil des Berichts, der über das Kriegsmaterial handle. Der Versuch, die Umgehungen und Verträge in dieser Hinsicht seien schwerlich derart, daß sie bei Festhalten der Alliierten und gutem Willen der Deutschen nicht können sehr betragsmäßig länger Zeit beständig werden könnten. Man werde jedoch mit einer langen Erörterung über die Sicherheitspolizei zu rechnen haben.

Es verlautet, daß die deutsche Regierung selbst einen Plan zur Reorganisation der Polizei ausarbeite. Es sei unabweislich, daß Deutschland unter dem Willen der Alliierten eine eingehende Mitteilung erhalte, da Chamberlain am 8 März nach Gen reise und bis dahin der Bericht noch nicht alle Instanzen durchlaufen haben werde. Möglicherweise werde Chamberlain auf seiner Genfer Reise Herriot einen Besuch abstatten.

Kein Mittel mit dem Frank!

Die Londoner „Times“ befaßt sich in einem Leitartikel mit dem Einlen des Frankfurter. Das Blatt sagt, die französischen Minister hätten sich nicht die eigentliche Ursache des Übels zu erkennen. Seit dem Kriege habe der Hauptfehler der französischen Finanzpolitik darin gelegen, daß zu viel ausgegeben worden sei und daß die dadurch entstehenden Lücken in den Einnahmen nicht durch Steuererhöhungen, sondern durch Aufnahme von Anleihen in verdrängenden Formen ausgefüllt wurden.

Frankreich sei jetzt dahin gelangt, daß es sich entscheiden müsse, ob es mit der Borgwirtschafft fortfahren wolle, die zu einer finanziellen Katastrophe führen würde, oder ob es eine Politik energischer Sparmaßnahmen betreiben wolle, die die Finanzen stabilisieren und eine allmähliche Verminderung der Schulden ermöglichen würde.

Der von C mental geäußerte Gedanke, Anleihen im Ausland aufzunehmen, werde bei den auswärtigen Kapitalisten vermutlich keine Gegenstände finden, es sei denn, daß die französische Regierung sehr wirksame Schritte unternähme, um ihre Finanzen gründlich in Ordnung zu bringen.

Wenn ein Blatt wie die „Times“ so etwas über die schlechten Aussichten einer fran-

Die Londoner „Times“ meldet, nachdem nunmehr der endgültige Bericht der Interalliierten Kontrollkommission vorliege, nehme die Frage des weiteren Verbleibens der volle Aufmerksamkeit der alliierten Regierungen in Anspruch. Die deutsche Regierung habe bei verschiedenen Gelegenheiten den Wunsch nach mündlichen Verhandlungen zu dem Bericht der Kontrollkommission ausgesprochen und schiene anzunehmen, daß die Methode der direkten Verhandlung in diesem Falle ebenso wie früher bei der Regelung der Reparationsfrage mit Nutzen angewendet werden könne. Dieser Wunsch der deutschen Regierung, von den Alliierten bei ihrer Zusammenkunft geäußert zu werden, mache es notwendig, in Erwägung zu ziehen, wann und wie Deutschland zur Beratung dieser Frage ausgesprochen werden solle. Auf Grund der vertraglichen Rechte würde es das nächstliegende sein, wenn sich die Alliierten über den Text der Note einigen und sie auf dem üblichen diplomatischen Wege nach Paris senden würden. Die andere Methode, nämlich nach dem Vorbild der letzten Londoner Konferenz die Wünsche der deutschen Regierung und ihre Vermerkungen im Laufe von Verhandlungen vor einer endgültigen Entscheidung zu hören, sei eher einseitig, doch könne sie natürlich nur im Falle vollständiger Einigkeit zwischen Großbritannien, Frankreich und Belgien bei dieser heiklen Frage angewandt werden.

Paris lehnt Verhandlungen ab.

Die Absicht der deutschen Regierung, an den künftigen interalliierten Besprechungen wegen des Schuldenberichts der Militärkontrollkommission teilzunehmen, wird in Frankreich mit steigender Heftigkeit als unzulässig abgelehnt. Der offizielle „Petit Parisien“ erklärt, daß es vollkommen unfruchtbar sei, daß Deutschland irgendwelche Einwendungen vorbringe. Erst müsse es eine Note der Alliierten bekommen, worin ihm aufgetragen werde, was es zu tun habe, und dann könnte es vielleicht mit den Alliierten über diese Note sprechen.

Während vor einer Woche der „Matin“ durch Jules Sauerwein verkündet ließ, daß die Alliierten prinzipiell geneigt wären, einen Vertrag abzuschließen, der Frankreichs Eiderbeit garantieren sollte, wobei von der Eiderbeit Osteuropas keine Rede sein sollte, scheint sich die Politik in Paris aufs neue geändert zu haben. Jules Sauerwein ist beauftragt, die wahrscheinlich neuen Absichten seiner Regierung zu bringen. Der Sicherungsvertrag zwischen Frankreichs Eiderbeit ist nicht mehr im Mittelpunkt der Erörterungen zu stehen, vielmehr wird gefordert, daß über Deutschland eine dauernde Kontrolle verhängt werde.

Äußerliche Anleihe sagt, kann man die Anleihe

getroßt als von der englischen Finanz abgelehnt anleihen. Aber es kommt noch besser:

Der Abgeordnete Thomas E. Stanton brachte im amerikanischen Repräsentantenhaus eine Entschließung ein, die jede Anleihe zugunsten Frankreichs oder einer anderen Nation, die kein Abkommen für die Konsolidierung der Kriegsschulden an Amerika abgeschlossen hat, verhindern soll. Die Entschließung schlägt vor, daß der Verwalter der Federal-Reserve-Bank diese Maßnahme unterließe.

Dem „Newport Herald“ wird aus Washington gemeldet, der Senat werde, um die sich widersprechenden und wenig freundschaftlich klingenden Nachrichten über die Frage der französischen Schulden bei Amerika und die Gerüchte um neuen privaten amerikanischen Anleihen zu prüfen, am Mittwoch eine öffentliche Sitzung einleiten, deren Zweck sei, sich eine bestimmte Meinung über die Opportunität neuer, Frankreich zu gewählender Anleihen zu bilden.

Aus Washington wird gemeldet, daß Präsident Coolidge die Äußerung abgegeben hat, die Nationen der Welt zur 200-Jährfeier des Geburtstages Washingtons im Jahre 1932 einzuladen.

Caillaux — Millerand.

Zwei Senatskandidaten.
Von unserem Pariser Korrespondenten.

Zwei gestützte Politiker — mögen die Gründe auch noch verchieden gewesen sein — präsentierten sich als Kandidaten des französischen Senates: Caillaux und Millerand. Es sind die Repräsentanten zweier Welten, der beiden heute in Frankreich an die Spitze der Parteien hervorgetreten sind. Caillaux ist ein Mann, der sich in der Politik bewegt und von beiden Seiten wird von ihrem Wiedereintritt in die aktive Politik großes, ja größtes erwartet. Wie stehen die Dinge? Seit den letzten Monaten hat sich der Schatten Caillaux hinter dem Kabinet Herriot immer stärker erhoben, besonders stark nach der letzten großen außenpolitischen Herriots, deren ungenügendlicher Charakter Ton gegen Caillaux sich eine Kabinettskrisse herbeigeführt hatte. Bekanntlich haben die Sozialisten einen Augenblick gegögert, für den öffentlichen Anschlag dieser Rede zu stimmen, und es hatte des Einlasses der ganzen Persönlichkeit Herriots bedurft, um die drohende Gefahr zu bannen. Wenn dieser Vorfall gezeigt hat, daß die ersten Monate der engsten Gemeinschaft zwischen den Radikalliberalen, der Partei Herriots, und den Sozialisten einer unruhigeren und bemöhteren Periode haben Platz machen müssen, so ist es aber auch auf der anderen Seite offenbar geworden, daß bei einem etwa erfolgenden Sturz Herriots es sich nicht mehr darum handelt, ein Ministerium der Mitte unter Brand oder Loucheur zu bilden — eine Möglichkeit, die noch vor kurzem im Auge gefaßt werden konnte.

Heute sind die Gegensätze zwischen Caillaux und Lins so scharf, so zugespitzt geworden, daß ein Verlegenheitsministerium ohne scharfe Konturen angefaßt der vielen Brandenden, zur Entschädigung drängenden Fragen sich kaum halten könnte. Wenn die Parteiparteien überhaupt in eine Regierungsbildung denken wollten, so ist es in jedem Sinne, daß sie sich entschließen, die Macht zu behalten, so handelt es sich nicht mehr um Brand oder Loucheur, sondern es handelt sich um den zeitweilig befehligten Mann in Frankreich: um Josef Caillaux.

Herriot oder Caillaux heißt es auf der linken Seite. Schon rein äußerlich ist Caillaux ein Mann sehr verschieden von dem gegenwärtigen regierenden Herriot. Keine pathetischen Anrufe, keine ausgedehnten Arme, keine Tränen in den Augen, nicht, wie Herriots, ein Mann der Ziffern und der Tatsachen. Noch vor seinem Eintritt in den Senat hat das große Banquet, das zu seinen Ehren jeden veranstaltet wurde, die Einleitung zu seinem Neuaufreten im vollen Lichte der politischen Arena gebildet.

Schritt für Schritt, angefangen von Neben in kleinen lokalen Verammlungen bis zu diesem großen, bedeutungsvollen Banquet, ist Caillaux seit Juni 1924 vorgebrungen, und immer häufiger wird sein Buch „Agadir“ zitiert. Gerade nach der letzten langen, schwarzen und fast nationalistischen Rede Herriots nach Caillaux, von der Stanton als der Mann des Friedens, der Verdrängung angeheißt — er, der jetzt bei dem Agadir-Vorfall dem Gesef der Nationalisten nicht nachgegeben und eine friedliche Lösung gesucht hat, der bei dem Austausch des Rongobereiches gegen Marocco den Weg friedlicher Verständigung mit Deutschland gefunden hat. In der Vorrede zu diesem Buch heißt es:

„Sprüchlich sind diejenigen, die genug Freiheit des Urteils haben, um die Zukunft zu erkennen, selbst wenn ihnen die Binde zu den Augen gerissen ist. Sprüchlich sind, besonders in unserem Lande, diejenigen, die genug Disziplin und Vertrauen in die Männer der Macht haben, um dem Gesef der Ehre, und Gefahren, seien es selbst eingeschaltete, mit dem Blick auf ferne Ergebnisse zu tragen.“

